

**Absender:**

Allianz der Schulleitungen im Landkreis Waldshut

Auf dem Dienstweg über das  
**Staatliche Schulamt Lörrach**  
Am Alten Markt 2  
79539 Lörrach

über das  
**Regierungspräsidium Freiburg**  
Referat 7 „Schule und Bildung“  
Eisenbahnstr. 68  
79098 Freiburg

an das  
**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg**  
z.Hd. Frau Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann  
Postfach 103442  
70029 Stuttgart

18.07.2019

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Eisenmann,

die Schieflage in der Lehrerversorgung im Bereich des Landkreises Waldshut hat in den vergangenen Jahren ein solch besorgniserregendes Ausmaß angenommen, dass wir uns seit 2016 in einer „Allianz der Schulleitungen im Landkreis Waldshut“ dafür engagieren, dass nichts unversucht bleibt, um eine verantwortbare Lehrerversorgung zu erreichen.

Mit diesem Schreiben möchten wir an den bisher sehr gewinnbringenden Dialog mit Ihnen und den uns Vorgesetzten anknüpfen, eine Rückmeldung zur aktuellen Versorgungssituation geben und Lösungsvorschläge einbringen.

Der Fachkräftemangel ist in der Region Waldshut-Tiengen keine Einzelercheinung im schulischen Bereich, sondern zieht sich durch alle Bereiche von Institutionen, der Industrie und dem Handwerk. Die Ursachen liegen an der besonderen geographischen Lage der Flächenregion mit weiten Anfahrtswegen zu großen Städten und dem lukrativen Arbeitsmarkt im schweizerischen Nachbarland.

Neu am Lehrermangel ist das Ausmaß der Krise. Beispielsweise haben in dieser Einstellungsphase alle Bewerber die Stellenangebote im Sekundarschulbereich des Landkreises Waldshut abgelehnt und trotz einer starken Unterversorgung an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren wurde in unserem Landkreis kein Referendar zugeteilt. Bereits jetzt ist schon absehbar, dass sich dadurch die Gesamtsituation für die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowohl an den Regelschulen wie auch an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren deutlich verschlechtern wird.

Der Schulbetrieb kann an vielen Schulen nur noch durch sogenannte Nichterfüller, also durch Personal ohne den passenden qualifizierten Abschluss, aufrechterhalten werden. Mittel- und langfristig ist dies insgesamt betrachtet der Bildungsqualität abträglich und in vielen Bereichen des Schullebens nur mit Einschränkungen verantwortbar. Schulleiterinnen und Schulleiter der Allianz der Schulleitungen haben sich dazu bereit erklärt, sich kooperativ dafür zu engagieren, dass Nichterfüller schulübergreifend in grundlegenden Unterrichtsorganisationstechniken geschult werden. Hierzu wäre aus unserer Sicht ein legitimierter Auftrag und eine bedarfsbezogene Konzeption erforderlich. Einen weiteren Lösungsansatz sehen wir darin, dass die Qualifizierung von Nichterfüllern komplett von Seminaren geleistet wird. Die aktuell unkoordinierte Qualifikation durch die entsprechenden Schulleiter vor Ort sehen wir als nicht geeignet und als wenig effektiv.

Für Nichterfüller ist oftmals der monetäre Aspekt existenziell. Gerade vor diesem Hintergrund ist es für die Schulleitungen und die Personalschulräte den entsprechenden Interessenten nur schwer zu vermitteln, warum eine Unterschrift bereits vor Gehaltsaussagen geleistet werden muss und warum es zwischen Nichterfüllern, je nachdem welche Stelle zu vertreten ist, zu großen Gehaltsunterschieden kommen kann.

Gerade in einer solch prekären Mangelsituation, in welcher das Stellenangebot deutlich höher ist als die Nachfrage, werden die Signale der personalführenden Dienststellen von den Bewerbern sehr genau wahrgenommen, analysiert und untereinander kommuniziert. Beispielsweise sehen wir einen Zusammenhang zwischen dem Nachrückverfahren im Raum Freiburg und der Ablehnung aller Stellen des Einstellungsverfahrens durch die Bewerber. Diese haben aktuell bis zuletzt die Hoffnung, dass ihnen letzten Endes doch noch eine Stelle in Freiburg angeboten wird. Aus diesem Grund werden vermeintlich „weniger attraktive Orte“, etwa in unserem Landkreis, abgelehnt bzw. bei uns dringend zu besetzende Stellen nicht angetreten.

Auf der anderen Seite haben sehr viele Lehrkräfte, die bereits mehrfach einen Versetzungsantrag vom Raum Waldshut in den Raum Freiburg beantragt haben, eine Absage erhalten. Dies schürt die „Angst“ vieler Bewerber, dass wenn man einmal in den Landkreis Waldshut gegangen ist, möglicherweise „nie mehr“ wieder von dort wegversetzt zu werden. Daher bleiben viele unserer freien Stellen unbesetzt und so können Lehrkräfte die Vorzüge unserer Region und der Schülerschaft gar nicht erst erlebt werden.

Diese Kombination von Einstellungen über das Nachrückverfahren im Raum Freiburg und des Nichterfüllens von Versetzungswünschen aus dem Raum Waldshut nach Freiburg hat aus unserer Sicht dazu geführt, dass bei den Bewerbern der Eindruck entstanden ist, dass man nach einer Einstellung im Landkreis Waldshut nur sehr schwer in den gewünschten Freiburger Raum zurückkommt und es deshalb Vorteile bringt, wenn man als Neubewerber das Nachrückverfahren abwartet, um dann doch noch in Freiburg eine Einstellung angeboten zu bekommen. Selbst befristete KV-Stellen, mit schlechterer Bezahlung und der Kündigung in den Sommerferien, erscheinen dann offenbar noch attraktiver als eine Festanstellung als Junglehrer/in im Landkreis Waldshut.

Wir sehen hier einen Lösungsansatz darin, dass Lehrkräfte mit Neueinstellung in Freiburg jeweils an eine Abordnung in den Landkreis Waldshut gekoppelt sind. Dies würde Anreize schaffen und für Transparenz und Planbarkeit sorgen.

Für Gymnasiallehrkräfte, die in ihrem Bereich zunächst keine Anstellung bekommen haben, sehen wir einen ähnlichen Lösungsansatz. Die Einstellung könnte an eine vorübergehende Abordnung in eine andere Schulart im Einzugsbereich des Landkreises Waldshut geknüpft werden.

Neben diesen personalrechtlichen Steuerungsvorschlägen sehen wir weiteren Optimierungsbedarf im Bereich der Onlinebewerbungsverfahren. Beispielsweise fehlt eine Rückmeldung, ob die Bewerbung erfolgreich eingegangen ist. Die Aufmachung und die Verständlichkeit entsprechen nach unserer Einschätzung nicht dem Stand der heutigen Technik und ist für potentielle Bewerber nicht einladend genug.

Bei all den genannten Punkten möchten wir es keinesfalls versäumen, Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses an dieser Stelle ganz ausdrücklich unseren Dank und unsere Anerkennung für die vielfältigen Verbesserungen im Bereich der Lehrereinstellung auszusprechen. Wir sehen es als Ihren Verdienst, dass die Möglichkeit der Dezemberausschreibung und der kreisbezogenen Stellenausschreibung geschaffen wurde. Des Weiteren hat sich aus unserer Sicht die von Ihnen veranlasste Sekundarlehrbefähigung für Gymnasiallehrkräfte sehr positiv ausgewirkt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn die genannten Sorgen und Verbesserungsvorschläge bei Ihnen und Mitarbeitern Ihres Hauses Gehör fänden und sich daraus eine Fortführung des bisherigen konstruktiven Dialoges ergeben würde.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans-Martin Bratzel  
gez. Timo Feigl  
gez. Sonja Dannenberger  
gez. Frank Intlekofer